

Sächsische Volkszeitung

erschint täglich-morgen, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Bezugspreis: Vierteljahr 1 Mk. 50 Pf., (ohne Beleggeld) bei
auswärtigen Postämtern 2 Mk. 50 Pf., (einschl. Postgebühren) 3 Mk.
Einzelnummern 10 Pf.
Verkaufspreis 2 Pfennig.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Interate werden die 6-gelagerte Beilage über deren Raum mit
15 Pf. bezogen, von der Beilage des 1. Februar ab.
Verkaufspreis: 10 Pf. (einschl. Postgebühren) 15 Pf.
Verkaufspreis: 10 Pf. (einschl. Postgebühren) 15 Pf.

Einladung zum Abonnement

„Sächsische Volkszeitung“ für den Monat Februar.

Dieses kostet nur 60 Pfg. pro Monat und bietet bei der weiten Verbreitung über ganz Sachsen den wirksamsten Erfolg auch bei

Inseraten jeder Art,

deren 1-gelagerte Beilage nur mit 15 Pfennigen berechnet wird. Bei Wiederholungen bedeutender Rabatt.

Geschäftsstelle der „Sächs. Volkszeitung“.

Bischof Ketteler als Bahnbrecher der Sozialreform.

Es ist der Sozialdemokratie immer höchst unangenehm, wenn man sie daran erinnert, daß es in der katholischen Kirche hervorragende Männer gegeben hat, die schon zu einer Zeit, als die Sozialdemokratie noch garnicht existierte, sich für die Sozialreform ausgesprochen haben. Da versuchen dann ihre Gegner, nicht nur die Wirksamkeit dieser Männer herunterzuwürdigen, sondern auch die Sache so zu drehen, daß die Waffe glauben soll, alles komme von dieser großsprecherischen Partei her. An erster Stelle steht als Bahnbrecher der Sozialreform der große Mainzer Bischof Freiherr von Ketteler, der Name mit dem Namen des noch und warmen Herzen, der auf einem katholischen Festen ein Hoch auf die Armen ausgebracht hat.

Als der Zentrumsgesandte Erzberger an die Verdienste dieses sozialen Wichtlers vor einigen Tagen im Reichstage erinnerte, ging es der Sozialdemokratie ganz gegen den Strich und der Abgeordnete Wurm machte sich ans Werk, den Mainzer Bischof herabzusetzen; er konnte jedoch sehr wenig Stichhaltiges vordringen. Tatsache ist, daß Bischof Ketteler schon 1848 auf der ersten katholischen Versammlung zur Sozialreform aufgerufen hat; Tatsache ist, daß er in den folgenden Jahren im Dome zu Mainz in 6 mächtigen ergreifenden Predigten die Grundzüge der sozialen Frage behandelte. Sein grundlegendes Werk über „Christentum und Arbeiterfrage“, das er im Jahre 1861 erscheinen ließ, gehört noch heute zu dem besten; was hierüber geschrieben worden ist.

Hier nun glaubte der Abgeordnete Wurm einsehen zu können und dem Reichstage mitteilen zu müssen, daß der große soziale Bischof sich an Laizalle gewendet um Auskunft über die Arbeiterfrage, da er von dieser nicht mehr verstände, als man mit dem gesunden Menschenverstand erfaßt. Dieser Brief ist in der Tat geschrieben worden; aber Ketteler wollte nur zuverlässige Auskunft über die von Laizalle geforderten Arbeiterassoziationen haben; es wird doch niemand glauben, daß der Bischof der katholischen Kirche sich an den Juden Laizalle gewendet habe, um ein Buch über „Christentum und Arbeiterfrage“ schreiben zu können; die Sozialdemokraten beklagen sich sonst immer, daß man ihre Theorien entstelle. Wendet man sich nun direkt an einen ihrer Führer um Auskunft, so ist es wieder nicht recht. Tatsache ist ferner, daß Bischof Ketteler in seiner großen Rede auf der Arbeiterhaide im Jahre 1869 die Forderungen der Arbeiterwelt in einer Weise behandelt hat, die als eine Musterleistung bezeichnet wurde.

Sofort nach Gründung des deutschen Reiches machte sich Ketteler an den Entwurf eines Programms für die Katholiken in Deutschland und auch hier hat er den Satz auf eine Verfüzung der Arbeitszeit, Sonntagsruhe und Arbeiterfrage im allgemeinen aufgenommen; das war in den Jahren 1871-1873, also zu Zeiten, wo man die Sozialdemokratie kaum kannte.

Was der Bischof Ketteler neben diesem programmatischen Auftreten in der Tat an sozialpolitischen Maßnahmen geleistet hat, ist in der ganzen Diözese Mainz unvergessen. Wie viele charitative Initiativen und Unternehmungen zeugen von seiner Fürsorge für die Armen und die Arbeiter. Und diesen großen Mann wollen die Sozialdemokraten verdächtigen! Das soll ihnen nie gelingen! Durch Wort und Tat ist Ketteler ein Bahnbrecher der Sozialreform geworden und wird als solcher auch in allen objektiven Kreisen gefeiert und anerkannt; alle Vermählungen der Sozialdemokratie, ihn herunterzuwürdigen, sind vergebens, dazu steht er zu hoch und sein Andenken ist zu tief in die Herzen des katholischen Deutschlands gegraben.

Reichstag.

in Berlin, 21. Sitzung am 29. Januar 1904.

Präsident Graf v. Helldorf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Das Haus legt die sozialpolitischen Generaldebatten zum Etat des Reichsanwalts des Innern fort.

Lehmann (nat. lib.) berichtet den Crimmitschauer Streif. Die Arbeiter haben den ersten Vertrauensbruch dadurch begangen. Die Arbeitsverhältnisse sind dort nicht schlechter als anderswo. Die Behörden haben dieselben einen sehr schweren Stand. Der Bürgerstand von Crimmitschau selbst habe die Verberufung von Gewerbeten gewünscht. Nur 26 Personen sind aus der Landesliste ausgetreten. (Gört.) der Abgeordnete Fischer hat hier gesagt, daß noch über jede Gemeinheit der Klasse seinen Segen gesprochen habe. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten. — Präsident Graf v. Helldorf: Am Deutschen Reichstage dürfen solche empörende Zwischenrufe nicht

gemacht werden. — Lehmann: Außerhalb dieses Hauses bezog ich diesen Ausdruck als hohles Gemeinlich. (Zustimmende Unterbrechung bei den Sozialdemokraten.) Möge in Crimmitschau bald Friede einkehren.

Gräfe (Wirtsch. Berg.): Die Löhne in Crimmitschau sind nicht schlechter als sonst wo, nur die sozialdemokratischen Nachrichten haben der Streit hervorgerufen. Die sächsischen Behörden haben nur ihre Pflicht getan. Medner protestiert gegen die Vereinstzung der Erhöhung der sächsischen Zölle. Erster Schluß habe seinen Brief mit vollem Rechte geschrieben. So lange das Streuz in Deutschland steht, liegen die Sozialdemokraten nie; die bürgerliche Gesellschaft wird liegen, wenn sie nach den Worten handelt: „In loco signo vincere.“

Dr. Gerlach (Arist. Berg.) fragt nach der Krankenversicherung der Handwerker und Landarbeiter. Am Crimmitschauer Streif ist er an anderer Stelle als seine beiden Vorgesetzten. Vorher Schluß hat seiner Kirche einen recht schlechten Dienst erwiesen durch seinen besonnenen Brief. Die Frauen fordern ein allgemeines Verbandsrecht und Vereinsrecht; auch an den politischen Rechten lasse man sie teilnehmen.

Dr. Dreißler (Konf.) hält eine Abrechnung mit Gerlach, der die Verhältnisse der Handwerker garnicht kenne. Die ländlichen Arbeiter sind besser daran als die industriellen, die nur die Gewerke für sich haben; für ersteren tritt das Herz des Arbeitgebers ein. Es findet ein sozialpolitischer Wettkampf statt zwischen der Arbeiter- und Arbeiterkammer hin und her, wohl für Arbeiterkammern. Dem allgemeinen Nationalarbeitsrat lehnen meine Freunde unbedingt ab. Das neue Handwerkergesetz hat gut gewirkt. Das politische Stimmrecht für Frauen lehnen wir ab. Wegen die starre sind Gesetzmäßigkeiten geboten. Für die Handwerkerfrage muß mehr geschehen. Eine Trennung von Handwerk und Fabrik ist notwendig, aber getrennt. An einer vernünftigen Agrarpolitik hat das Handwerk das größte Interesse, da die Landwirtschaft die beste Auftraggeberin des Handwerks ist.

Dr. Veinmer (nat. lib.): Die Gewerkschaften wollen darüber entscheiden, ob ein Arbeiter entlassen werden soll oder nicht; das führt zum Chaos. Der Reichstagsrat sollte nicht gesetzlich eingeführt werden; später kommt der Neuanstandtag und so schließlich der Einstandtag. Der Arbeiterausschuss darf nur für kleinere Betriebe. Man soll sich in der Sozialreform ja nicht überleben lassen. (Acht.) (Zug.) Mit den Ausführungen des Vorredners kann man jede Arbeiterforderung ablehnen. Den Crimmitschauer Streif behandelt er dann eingehend. Die feste Kerngewalt lehnt er ab. Staatssekretär Graf v. Helldorf: Arbeitsbücher für die Arbeiter können nicht leicht eingeführt werden. Es sind neue Untersuchungen erforderlich, um die Merkmale von Fabrik und Handwerk zu trennen. Ueber die Krankenversicherung der Handwerker und Lohnarbeiter haben Anfragen bei den Eingetragenen stattgefunden.

Nächste Sitzung Sonntagabend 1 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellation Trumborn über die Rechtsfähigkeit der Personvereine. Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau. Deutschland.

Die Budgetkommission des Reichstages befaßt sich heute mit der Frage der Umstellungen im Verordnungs- und nach einstimmig den Antrag Spahn-Gröber an, wonach der Reichsfiskus erlucht wird, die Verträge mit den einzelnen Bundesstaaten über den Personen- und Güterverkehr vorzulegen.

Die Wahlprüfungskommission erklärte mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die angefochtene Wahl des Grafen v. Helldorf für gültig.

Die Proteste gegen das Sächsischen Sparbüchlein häufen sich noch immer weiter an. So hat der württembergische Sparkassenverband sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß die Einziehung eines Privatmittels zwischen Sparers und Sparkasse das beide Teile betreffende Verhältnis lockern und eine Lücke die moralische Grundlage der Sparkassen zwischen würde. Das Abholen der Ertragsnisse habe sich in Württemberg schon in den letzten Jahren als lästig und unpraktisch erwiesen. Den Protesten schließen sich weiter die Stadtverordnetenversammlung von Dagen und der Magistrat von Königsberg an.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet am 21. d. M. die Vorlage betr. Verfassung zum Reichsständlicher Fortbildungsgesetzen in der Provinz Posen Kasan; hierbei gab der Zentrumsgesandte seinen In dem berechtigten Wunsch Ausdruck, daß der Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen obligatorisch gestaltet werde. Nach den Bemerkungen einiger anderer Medner wurde die Vorlage an eine Kommission verwiesen, ebenso die Vorlage über die Kosten der Prüfung und Heberhebung von elektrischen Anlagen und die Novelle zum Gesetz über die ärztlichen Ehrengerichte, die das Anlagungsverfahren anders regelt. In der ersten Beratung des Anlagengesetzes zum Reichslandungsgesetz betonte Kultusminister Studt, daß höhere Kosten hierdurch nicht entstehen. Vom Zentrum forderte Ragenberg, daß die neuen wissenschaftlichen Ergebnisse hier berücksichtigt werden und von Savigny die Angelegenheit bei der Wurnkrankheit.

Zum bayerischen Kammerpräsidenten ist eine Krise ausgebrochen. Vizepräsident und Schriftführer haben ihre Stellen niedergelegt. Die Veranlassung war folgende: Als der liberale Abg. Segis am Montag zum Justizetat das Wort erhielt und bei dieser Gelegenheit den gegen das Zentrum gerichteten Artikel aus der mit Beschlag belegten Kammer des „Simplissimus“ verlesen wollte, führte der liberale Vizepräsident von Vestner den Vorsitz und erklärte, daß er kein Mittel habe, die Vorlesung eines beschlaggenommenen Artikels zu verhindern, da die Geschäftsordnung sie nicht verbiete. Da aber erschien der Präsident Dr. von Orterer und löste den Vizepräsidenten ab. Er vertrat den entgegengesetzten Standpunkt der Nichtzulassung der Verlesung des Artikels, die Wehrheit des Hauses schloß sich ihm an. Präsident v. Orterer gab nun kürzlich einen Brief des Vizepräsidenten v. Vestner (lib.) bekannt, worin dieser mitteilt, er lege sein Amt nieder, weil er in der

Art und Weise, wie am Montag der Präsident ihn während der Verhandlung die Leitung dieser abnahm, eine Herabwürdigung des Vizepräsidenten vor der Kammer und dem ganzen Lande erbliche. Präsident v. Orterer verwehrte sich dagegen, als hätte er die Absicht und den Zweck verfolgt, den Vizepräsidenten herabzuwürdigen; es sei kein Recht und keine Pflicht, auch keine Auffassung über eine so wichtige Frage auszusprechen. Auch der vierter Schriftführer Schmidt-Wunsiedel (lib.) hat sein Amt niedergelegt.

Das Andenken an Leo XIII. lebt und soll fort leben in der Kirche, namentlich aber in den Arbeiterkreisen. Der Tag der Enthüllung des internationalen Arbeiterdenkmals, das seit des hl. Joseph, rückt heran. Arbeitervereine werden zum 19. März vorbereitet. Diejenigen Vereine, welche bereits ihre Beiträge zum Denkmal (mindestens 10 Lire gleich 10 K) noch vor Ende des Februars an den Generalsekretär des Komitees einfinden, werden auf dem Arbeiterdenkmal eingraviert werden.

Die Jungferrede des Polen Korsantj im Reichstage wird in der ganzen Presse recht abfällig beurteilt; so bemerkt das „Berliner Tageblatt“: „Ein unerwartetes Intermezzo hat dann die Rede des polnischen Abgeordneten Korsantj. Dieser vielgenannte Abgeordnete ist ein blonder Jüngling, dem man sein Potential nicht recht glauben kann. Er versicherte in einer nach Form und Inhalt typischen Rede immer wieder, daß die polnischen Arbeiter mit Jügen getreten werden, ebenso oft stellte er die deutsche Kultur an den Pranger — im ganzen eine unreihe Leistung, die vielfach unfreiwilligen Humor atmete. Der Präsident Graf v. Helldorf führte den jungen Agilator vollends ab, als er ihn darauf aufmerksam machte, daß er sich im deutschen Reichstage befinde.“ Diesen Eindruck dürften auch die Mitglieder der polnischen Fraktion gewonnen haben; man sagt sich in Reichstagskreisen, daß Korsantj erst das Konzept seiner Rede der Fraktion vorlegen mußte und doch diese böse Entgehnung!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nunmehr auch ihre sozialpolitischen Initiativanträge zu Gesetzesentwürfen umgewandelt; sie blickt damit sehr hinter dem Zentrum her, weshalb uns ihr Kerger erfindlich ist.

Genosse Schippel erlöst im „Vorwärts“ folgende Erklärung: Ich habe, um einer Legendenbildung vorzubeugen, bereits im Reichstage den gestrigen Vernehmlichungsbericht des „Vorwärts“ als irr-führend bezeichnet. Was übrigens nicht den geringsten Vorwurf gegen den Bericht-erstattet einschließen soll. Der Bericht rweckt besonders dadurch ein ganz falsches Bild, daß Anschauungen, die ich als heute in den parlamentarischen Verhandlungen maßgebenden schilberte, als meine Auffassungen erscheinen. Nach wie vor vertrete ich die beim Zollkampf und im Wahlkampf von der Partei und mir beteiligten Anschauungen. Max Schippel.“ Warum teilt der Abgeordnete Schippel nicht mit, was er eigentlich gesagt hat? Und wie steht es mit seinen auf dem Stuttgarter Parteitag gehaltenen Reden gegen den Reichstag? Wie konnte der „Vorwärts“ dieses Referat überhaupt aufnehmen, wenn er nicht wenigstens dem Abg. Schippel solche Reden zugehört hätte? Aber er ist ja wieder unter das Joch der Karrikatur gekrochen!

Zur Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Verordnungsangelegenheit erweist uns auch Rebel im „Vorwärts“ das Wort und gibt hier laud: Als am Montag, den 18. d. M., der Reichsfiskus den Nachtrags- und Ergänzungsetat im Reichstag einbrachte und dieser noch im Laufe der Sitzung an die anwesenden Mitglieder verteilt wurde, um am nächsten Tage beraten zu werden, laachten innerhalb der anwesenden Fraktionsmitglieder Meinungsverschiedenheiten auf über unsere Haltung zu dieser Angelegenheit. Darauf hielt ich es als meine selbstverständliche Pflicht, Zinger war verhindert, anwesend zu sein, unmittelbar nach der Plenarsitzung eine Fraktionsitzung anzuberufen, damit die Meinung der Fraktion festgesetzt werden konnte. Wie notwendig diese Sitzung war, ergab sich daraus, daß die Verhandlungen lebhaft waren und ziemlich lange währten, weil sich drei Meinungen gegenüberstanden. Schließlich wurde mit zwei Dritteln gegen ein Drittel der Stimmen beschlossen, aus den von mir im „Vorwärts“ angegriffenen mitgeteilten Gedanken sich der Abstimmung zu enthalten und wurde ich mit der Abgabe der Erklärung betraut. Mein Kollege Jubel hat also nicht so unrecht, wenn er meinte, daß bei anderer Führung der Fraktion das Schlussergebnat ein anderes geworden sein würde!

Oesterreich-Ungarn.

Zur Lage. Die österreichische Delegation wird ihre Beratungen am 3. Februar fortsetzen. Zwischen sollen zum 1. Februar die ungarischen Delegierten einberufen werden. Am 26. d. M. wollte der ungarische Ministerpräsident wieder beim Kaiser, dem er von keinem bisherigen Erfolge berichten konnte; er soll in die Erwählung zu einschneidenden Maßnahmen gegenüber der Ubrifaktion angeht haben. Dem Grafen des Kriegeministers, daß künftig nicht mehr alle Unteroffiziere der deutschen Sprache mächtig sein sollen, wird heftig widerprochen. In Maria Theresia's Zeiten gab es auch einen Erlaß für Wäner, wonach jeder Soldat deutsch sprechen sollte und ohne Kenntnis der deutschen Sprache ein Avancement nicht denkbar war. Auch Oesterreichs letzte Vorgänger haben streng auf die Kenntnis

ntalerstraße)
iedrich August
t mit Freidigt.
st.
8 Uhr Segens-
ottesdienst mit
ittags 2 Uhr
st. 1/10 Uhr
ochentage
Tage 1/8 und
amt. Abends
igt und Hoch-
ochentagen
Nachmittags
hr hl. Messe.
2. Sonntag
gt. Vor dem
n 3. Sonntag
Gottesdienst.
zu 5 und 1. M.
fischen durch
in Dresden-
als 2. Rate
des Komitees
M. Pfarrer
dorf 1,50 M.
Benland 2 M.
M. Kaplan
M. Pfarrer
2 M. Pfarrer
3 M. Pfarrer
3 M. Pfarrer
Muro 2 M.
eumborf 1 M.
er-Geibersdorf
Wallbüch 4 M.
enberg 15 M.
th. Pfarramt
Derrn Gregor
m 1 M. Frau
hülheim 1 M.
ffizient Engel-
peitere Waben
marckstr. 61.
en.
Mosel
zu Diensten.
uss No. 141.
rier.
1806
Verand nach
auswärts
per Nachn. bis
500St. franko.
berger Pl. 8.
Bautzen.
ntag, den
er nimmt der
ist, weitere
Direktor.
en
is besseren
Nachhilfe.
Am Orte
eiligen-
2194
emden-
hürzen-
er usw. in
2607
dern
5%, Rabatt!
Von 20 Mk.
Art. Muster
s. Jedweds
m. b. K.
Eisenbahn,
Leipzig
28. empfiehlt
aller Art,
ertigung. 1828
auch 1. November